Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 38 (1959)
Heft: 12

Artikel: Angleichung
Autor: Gerteis, Martel
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337139

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

lichen Möglichkeiten und Fähigkeiten zu nutzen gewillt ist –, verbunden mit dem Willen zur freiwillig getragenen Verantwortung und Solidarität, das wir als wirkliche Alternative dem Kommunismus entgegenzusetzen haben.

Hinzu kommt aber noch ein weiteres. So wichtig auch diese geistige Alternative ist, allein kann sie nicht genügen. Die andere Seite unserer Alternative zum Kommunismus besteht in der Verpflichtung der westlichen Welt, wahrhaft vorbildliche soziale Verhältnisse zu schaffen, Ungerechtigkeit, Armut, Elend, Ausbeutung (das alles gibt es leider immer noch) zu beseitigen, größere Gleichheit zu verwirklichen. – Der hat den Kampf zum vorneherein verloren, der sich darauf beschränkt, ihn nur an einer Front zu führen.

MARTEL GERTEIS

«Angleichung»

Kürzlich hat die «Neue Zürcher Zeitung» das Programm der Freisinnigen Partei abgedruckt. Zwar sieht die praktische Politik des Freisinns, die stark von der Industrieführung und vom Gewerbe beeinflußt ist, nicht ganz programmkonform aus. Es wäre aber wahrscheinlich falsch, deswegen das Programm nur als Propagandaproklamation anzusehen. Es geht immerhin daraus hervor, daß sich auch die Ideologie des Freisinns wandelt. Zahlreiche Postulate sind so abgefaßt, daß sie bei Zubilligung des guten Willens ohne weiteres mit den entsprechenden Forderungen des sozialdemokratischen Parteiprogramms verglichen werden können. Man erkennt beim Freisinn im Prinzip, daß – wie es Bundesrat Streuli formulierte – «die Freiheit ihre Grenzen hat. Wäre sie uneingeschränkt, so würde daraus eine Freiheit der wenigen auf Kosten der Unfreiheit vieler entstehen, eine Herrschaft der Rücksichtslosen über die in ihren Mitteln wählerischen». Man anerkennt beim Freisinn heute parteioffiziell «die Notwendigkeit gemeinwirtschaftlicher Institutionen zur Lösung öffentlicher Aufgaben». Man gibt zu, daß Ausnahmen von der Handels- und Gewerbefreiheit dort zulässig sind, «wo das Gesamtinteresse der Volkswohlfahrt und Volkswirtschaft es rechtfertigt». Die Freisinnige Partei bekämpft – wenigstens in ihrem Parteiprogramm – Auswüchse im Wirtschaftsleben, «sowohl die Mißbräuche des freien Wettbewerbes als auch volkswirtschaftlich oder sozial schädliche Auswirkungen von Kartellen und ähnlichen Organisationen». Die Partei fordert die «Gestaltung» der Wirtschaftspolitik, «die durch die Steigerung der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen Wirtschaftszweige den Interessen der Produzenten und Konsumenten dient». Die Freisinnige Partei tritt in ihrem Programm sogar ein für eine «weitherzige Sozialpolitik, die auf der Solidarität aller Volksteile beruht». Sie fordert gerechte Lastenverteilung, Mit-

spracherecht der Arbeitnehmer, konjunkturgerechte Finanz- und Steuerpolitik, Bildungsdemokratie (Stipendien), und überhaupt diverse planerische und koordinatorische Maßnahmen in der Wirtschaft.

Wir könnten nun dem Freisinn den gleichen Vorwurf machen wie er uns: Das alles steht nur im Programm, die Wirklichkeit sieht anders aus. Das Programm ist aber immerhin ein Spiegelbild der offiziellen Ideologie. Und wie es Jeanne Herrsch dargestellt hat: eine Partei kann nicht auf die Dauer eine Ideologie herausstellen, der sie nicht mit der Zeit auch wirklich nachlebt. Denn sonst werden die Widersprüche zwischen Ideologie und Wirklichkeit offenbar, und dann muß entweder die Ideologie der Wirklichkeit oder die Wirklichkeit der Ideologie angepaßt werden.

Wieso die Wandlung der Ideologie? Wieso die Übernahme sozialistischer Postulate durch den Freisinn? Diese Wandlung ist eine Folge des Gesetzes der Angleichung.

Diese Angleichung ist nicht etwa eine automatische Folge der Konfrontation mit einem ideologischen Gegensatz. Zwar ließe sich ein Gleichnis zu den Gesetzen der Physik ziehen. Man könnte sagen, die beiden gegensätzlichen Auffassungen hätten automatisch das Bestreben, sich gegenseitig zu infiltrieren, so daß am Schluß eine nivellierte Mischung entsteht. Der Vergleich hinkt jedoch, denn ein Dogma wird nicht durch das Antidogma gebrochen. Wer die absolute Wahrheit erkannt zu haben glaubt, verschärft lieber seinen Kampf gegen die «Irrgläubigen», die eine andere Wahrheit als absolut erkennen. Dogmen werden vielmehr durch die Tatsachen gebrochen, die für jedermann erkennbar sind. Ideologien wandeln sich, weil sich die wissenschaftlich erkennbaren Grundlagen wandeln. Ich könnte jetzt boshaft sein und das auf «Parteichinesisch» ausdrücken: Der ideologische Überbau wandelt sich auf Grund der veränderten ökonomischen Grundlagen.

Diese wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, organisatorischen und zivilisatorischen Grundlagen ändern sich auf jeden Fall nicht nach dem freien Willen der Politiker und Ideologen. Sie sind nämlich stark beeinflußt durch den Stand von Wissenschaft und Technik. Dieser Stand ist nicht willkürlich beeinflußbar, weil die technische Entwicklung einseitig gerichtet ist wie ein physikalischer Vorgang, der sich nur in einer Richtung abspielt. Verbindet man beispielsweise zwei Gefäße mit verschiedenen Gasen, so werden sich diese beiden Gase gegenseitig durchdringen, sich mischen. Der Vorgang ist nicht umkehrbar. Eine Entmischung der beiden Gase eines Gemisches tritt nach den Gesetzen der Wahrscheinlichkeitsrechnung nie von selbst ein.

Mit der technischen Entwicklung und mit wissenschaftlichen Erkenntnissen ist es gleich. Sind technische Errungenschaften, Erfindungen und wissenschaftliche Erkenntnisse einmal da, so können sie nicht wieder verschwinden. Ideologien können reaktionär, das heißt rückständig, konservativ, rückläufig sein, aber nicht die Technik. Automobil, Flugzeug, Erfindung der Atom-

spaltung, das Telephon, die Zeitung, das Radio, das Radar ... diese Dinge sind, einmal erfunden, nicht mehr «wegzudenken». Man kann sich zwar gegen eine solche neue Entwicklung stemmen, vielleicht muß man das sogar, um Schockwirkungen zu vermeiden, aber man kann sie nicht aufhalten.

Diese technische Entwicklung – mit ihr die ökonomischen Grundlagen unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft – *zwingt* uns zu organisatorischen Neukonzeptionen. Die heutige Entwicklung der Technik verlangt gebieterisch Koordination, Planung, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Ausschöpfung aller vorhandenen Talente. Sie *erzwingt* Strukturänderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. (So entwickelt sich beispielsweise, von keiner Ideologie bestritten, weil nicht bestreitbar, ein neuer Mittelstand. Die Automation und die Elektronik bedingen Strukturwandlungen in den Betrieben und Industriezweigen.)

Mit den neuen Tatsachen geraten konservative Ideologien in Widerspruch. Sie müssen sich wandeln. Fragt man also, ob beispielsweise die Wandlung des Ellbogenkapitalismus in einen «fortschrittlichen», humaneren Kapitalismus *echt* sei, und ob beispielsweise die Gesinnungswandlung beim Freisinn echt sei, so lautet die Antwort: Ja, denn die Wandlung wurde durch nicht umkehrbare Entwicklungen erzwungen.

Solche erzwungene Wandlungen sind die echtesten, dauerhaftesten. Ich denke zum Beispiel an die Einigung Europas. In der Ideologie war eine solche europäische Integration schon lange als vernünftig erkannt worden. Die Einigung scheiterte an den Tatsachen. Heute wird die Integration durch die Tatsachen *erzwungen*. Ein stärkerer Einfluß des Staates auf die Wirtschaft zur Erreichung von Koordination und Planung der individuellen Bestrebungen war von den Sozialdemokraten schon lange als vernünftig erkannt worden. Von den Liberalen wurde diese Notwendigkeit bestritten. Heute wird solche Koordination und Planung *erzwungen*, nicht von den Sozialdemokraten, die ja eine Minderheit sind, sondern von den gegebenen Verhältnissen.

Ich machte diese Überlegungen vor allem im Zusammenhang mit der Frage, ob Aussicht besteht, daß sich in den volksdemokratischen Ländern das kommunistische Parteidogma wandeln kann. Findet man sich nämlich mit dem Status quo der beiden ideologischen Machtblöcke ab, müßte man sich ja auch mit dem Gedanken abfinden, daß ein für allemal in den Volksdemokratien die Parteidiktatur herrscht. Nur von einer Seite her ist aber eine Wandlung der heutigen kommunistischen Doktrin in Richtung auf eine Demokratisierung zu erwarten: durch den Zwang der Verhältnisse. Die technische Entwicklung verlangt auch von einer volksdemokratischen Wirtschaft Strukturanpassungen und gesellschaftliche Veränderungen. In der Tat kann man das auch feststellen. Die Parteibonzen werden durch die Leute abgelöst, die von den Dingen wirklich etwas verstehen. Der Könner verdrängt in der Volksdemokratie den Parteikommissar genau so, wie der Könner in den

kapitalistischen Ländern den privilegierten Herrensohn von den Kommandoposten der Wirtschaft verdrängt.

Es findet auf die Dauer also eine Angleichung der ideologisch bedingten Spezialsysteme statt. Theoretisch stehen am Schluß im Osten und Westen zwei Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme, die sich aufs Haar gleichen, und von denen die Ideologen im Brustton der Überzeugung sagen werden, das eine sei liberal, das andere kommunistisch.

CHRONIK DES MONATS

Außenpolitik

Nachdem sowohl die österreichische Sozialdemokratie als auch die schweizerische Sozialdemokratie ihre Parteiprogramme revidiert haben, hat sich nun auch die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein neues Grundsatzprogramm* gegeben. In der sozialdemokratischen westdeutschen Zeitschrift «Die neue Gesellschaft» hat Ulrich Lohmar einige Grundgedanken des neuen Programms der SPD in prägnanter Form zusammengefaßt: «Der Marxismus», so schreibt Lohmar, «als ein philosophisches, ökonomisches und soziologisches Lehrgebäude ist von der Sozialdemokratie zu den Akten ihrer Geschichte gelegt worden. Die Sozialdemokraten sind zu der Einsicht gelangt, daß es eine paradiesische Endphase der Geschichte nicht geben wird. Die Realisierung der Ziele, die im sozialistischen Programm formuliert werden, bewirkt nicht, daß Freiheit und Gerechtigkeit für alle Zeiten gesichert wären. In der Geschichte der Menschen ist nichts endgültig machbar, und die Sozialisten werden achtgeben müssen, daß sich in einer institutionell ihren Plänen angenäherten Ordnung nicht erneut Unfreiheit und Unrecht entwickeln. In diesem Sinne bleibt Sozialismus als eine dauernde Aufgabe gestellt, und damit ist endgültig der naive, später bei den Kommunisten zum ideologischen Opportunismus entartete Fortschrittsglaube an einen erreichbaren und glückhaften Endzustand der Geschichte überwunden.» Ulrich Lohmar weist auch auf einen anderen, nicht minder wichtigen Punkt hin: «Das Programm der SPD hat dem Glauben an die Allmacht institutioneller Sicherungen der Freiheit und der Gerechtigkeit abgeschworen. Es vertraut auf den Menschen, auf seinen Willen und seine Fähigkeit, Institutionen freiheitlich und gerecht zu handhaben ... In den Vorstellungen der SPD wird eine bemerkenswerte Zurückhaltung gegenüber dem Staat als einer Ordnungsmacht spürbar, die regelnd und wegweisend in das Leben der Bürger eingreift. Es folgt aus der Staatsauffassung der SPD, wenn in dem umfangreichsten